

2023 - Grundsatzentscheidungen notwendig

Categories : [Hauptartikel](#)

[vc_row][vc_row][vc_row][vc_column][vc_column_text]

Tschüss 2022 was machen wir 2023?

In Panama City wie bei uns in ganz Panama wird das neue Jahr ausgiebig gefeiert, wie das Bild von der Cinta Costera verrät. Alles normalisiert sich wieder.

- Der Preis für einen Liter Superbenzin an den Zapfsäulen ist wieder unter die 1-Dollar-Marke gefallen (zu Weihnachten 94 Cents).
- Stromprobleme gibt es nicht. Aus Wasserkraft gewinnt Panama mehr eigenen Strom als es braucht und versorgt ganz Mittelamerika gleich mit.
- Heizungen braucht man nicht.
- Chaos wegen Überbelastung und Versagen am internationalen Flughafen Tocumen, der grossen Flugdrehscheibe in Lateinamerika, ist unbekannt.
- Niemand klebt sich auf Strassen, Rollbahnen oder an Kunstwerken fest.
- Islamistische Asylanten gibt es nicht.
- ...

So sehr wir den Besuchern unserer Webseite aufrichtig alles Gute wünschen, so skeptisch sehen wir der Entwicklung insbesondere in Deutschland und ganz Europa entgegen.

Laut einem vertraulichen „Situationsbericht“ der EU-Kommission und des Europäischen Auswärtigen Dienstes vom 14. Dezember 2022 haben 190.749 Personen seit Anfang des Jahres in Deutschland Asyl beantragt. Das sind satte 57% mehr als gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Am wenigsten Asylanträge verzeichnete Ungarn mit schlappen 43 (in Worten: dreiundvierzig). Die meisten Asylantragsteller in Deutschland kamen in diesem Jahr mit 27% aus Syrien, gefolgt von Afghanistan 17%. Flüchtlinge aus der Ukraine bleiben in der Statistik völlig unberücksichtigt, da sie wegen des Krieges aufgrund einer Sonderregel seit März 2022 gar kein Asyl mehr beantragen müssen.

In regelmässigen Abständen werden in Deutschland Menschen Opfer von Messerattacken, die von Migranten verübt werden.

- Jüngst tötete ein Eritreer in Illerkirchberg bei Ulm ein 14-jähriges Mädchen und verletzte deren Freundin schwer.
- Im Oktober tötet ein Somalier in Ludwigshafen zwei Männer und verletzt einen schwer.
- Im September verletzt ein «Allahu akbar» rufender Mann zwei Passanten mit dem Messer, bevor er von der Polizei erschossen wird.
- Im Juli verurteilt ein Gericht einen somalischen Flüchtling zur Unterbringung in einer psychiatrischen Klinik. Er hatte im Vorjahr in Würzburg drei Frauen erstochen und sechs

Personen verletzt.

- Im Mai verletzt ein Iraker in einem Zug bei Herzogenrath im Rheinland fünf Menschen.
- ...und so weiter und so fort.

Wie reagiert der deutsche Staat darauf?

Razzia gegen Reichsbürger

Die Schweizer NZZ schrieb hierzu am 16. Dezember:

„Der Staat demonstrierte seine Machtfülle, indem er 3000 Mann zur Festnahme einer Handvoll Personen ausrücken liess. Das wäre plausibel, wenn es sich bei der Gruppe um eine bis an die Zähne bewaffnete, mit Sprengstoffwesten ausgestaffierte Terroristenzelle gehandelt hätte. Bei den Rädelsführern und einem guten Teil der Gruppe handelt es sich jedoch um Personen im fortgeschrittenen Alter. Rentner sind schlechte Rambos.

Auch die Vorbereitung zeugt mehr von Aufschneiderei und Grossmannssucht als von professioneller Planung. Das von der Polizei sichergestellte Waffenarsenal ist überschaubar: geeignet für den Überfall auf eine Pommes-Bude, aber nicht für den Bundestag, ...

...Warum also setzte der Staat sein ganzes Arsenal bis hin zur GSG 9 in Bewegung? Warum sprach Innenministerin Nancy Faeser von einem «Abgrund einer terroristischen Bedrohung», und warum trat am Abend des Geschehens der sonst so öffentlichkeitsscheue Generalbundesanwalt vor die Presse?

Die Vermutung liegt nahe, dass es sich beim eigentlichen Motiv um etwas handelt, was Juristen verschämt Generalprävention nennen – oder in weniger gestelztem Deutsch: um

Abschreckung.“

Innenministerin und One-Love Armbindenträgerin Nancy Faeser gibt die Richtung schon einmal in wünschenswerter Klarheit vor. Sie will die

„harte Gangart gegen Staatsfeinde“

forstsetzen. Die SPD-Politikerin sagte der „Welt am Sonntag“ Mitte Dezember, sie sei sicher:

„Wir werden noch mehr finden.“

Und dann fügte Faeser in dümmlich wünschenswerter Klarheit hinzu:

*„Dass es inzwischen bis hinein in **vermeintlich bürgerliche, wohlhabende Milieus** Parallelgesellschaften gibt mit Menschen, die sich in ihrer Verachtung für unsere Demokratie radikalisiert haben, die Verschwörungsideologien und Umsturzfantasien anhängen und vor Gewalt nicht zurückschrecken – das wissen wir, und das haben wir sehr genau im Blick.“*

Das ist ein Angriff gegen die klassisch konservative Schicht der deutschen Bevölkerung, die sich durch Fleiss und Intelligenz eine sichere finanzielle Basis geschaffen hat. Sie richtet sich gegen die Deutschen, die bislang noch immer davon ausgehen durften, zu den Stützen eines Staates auf der Basis des Grundgesetzes gerechnet zu werden.

Dem normalen deutschem eher liberal-konservativ eingestellten Bürger wird der Krieg erklärt.

Der deutsche Staat rüstet gegen die einst als staatstragend geltende Schicht des Landes auf, erklärt den einstigen Musterbürger quasi zum Staatsfeind. Er beginnt nun damit, seine „Schlägertruppen“ aufzurüsten und hemmungslos aus der Staatskasse zu finanzieren.

Wie das?

Am 14. Dezember beschloss das Ampelkabinett den Gesetzentwurf zum „Demokratieförderungsgesetz“. Ziel des Gesetzes sei es, Vereinen und Organisationen, die sich für die Stärkung der Demokratie und die Prävention von Extremismus einsetzen, einen verlässlichen Rahmen zu geben und ihre Finanzierung sicherzustellen.

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bezeichnete die Zivilgesellschaft am Mittwoch als „stärkstes Bollwerk“ gegen Extremismus. Man müsse die Demokratie „widerstandsfähiger“ machen, sagte Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) bei der Vorstellung des Gesetzentwurfs.

Die Bundesregierung will also Vereine und Gruppen dauerhaft fördern, die sich gegen

Extremismus engagieren. Faktisch aber prämiert sie erwünschte Weltanschauungen. Für die Demokratie ist das keine gute Nachricht. Denn mit diesem Gesetz will sich der Staat eine Gesellschaft ganz nach seinem Bilde formen.

Eine starke Demokratie braucht

- einen durchsetzungsfähigen Rechtsstaat
- und eine selbstbewusste Gesellschaft mit dem Mut zur Staatskritik.

Mit dem „Demokratiefördergesetz“ will die Ampel die Grenzen von Staat und Gesellschaft planieren zugunsten eines politisch einseitig aufgeladenen Begriffs von Zivilgesellschaft.

Erklärtes Ziel ist laut Frau Faeser die

„verstetigte finanzielle Unterstützung der Zivilgesellschaft“.

Noch deutlicher heisst es in einer Antwort der Bundesregierung von Ende Oktober, durch das Gesetz solle

„mehr Planungssicherheit für die Zivilgesellschaft“

erreicht werden.

Was ein Wahnsinn!

Eine Zivilgesellschaft, die zur

Zahlungsempfängerin des Staates

und damit zum

Haushaltsposten der Bundesregierung

verkümmert, ist ihres Kerns beraubt. Sie gerät in ein

Verhältnis der Abhängigkeit von den jeweils herrschenden Mehrheiten.

So erwächst aus der Sehnsucht nach Obrigkeit eine neue Untertänigkeit.

Das Beteiligungsverfahren und die Äusserungen der Politiker zeigen jedoch klar, welche Verbände, Vereine und Gruppen weit überwiegend vom fiskalischen Füllhorn profitieren sollen.

Wer sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagiert, gegen

„Antiziganismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit, Frauenfeindlichkeit“

oder auch gegen

„Hass im Netz, Desinformation und Wissenschaftsleugnung und die gegen das Grundgesetz gerichtete Delegitimierung des Staates“

darf auf eine Dauerüberweisung aus dem Staatshaushalt hoffen.

Der Staat vergibt Fleisskärtchen und Prämien für die jeweils erwünschte Weltanschauung.

Der SPD-Parlamentarier Sönke Rix formuliert in bemerkenswerter Klarheit, es komme darauf an,

„Extremismus zu bekämpfen, und das vor allen Dingen gegen rechts“.

„Rechtsextremismus“ ist nicht dasselbe wie „rechts“. Aber das wird gleichgesetzt. Das Gesetz bezweckt die Finanzierung obskurer militanter Vereine gegen die klassisch konservative Schicht

der deutschen Bevölkerung, die sich durch Fleiss und Intelligenz eine sichere finanzielle Basis geschaffen hat (siehe oben). Das sind die eigentlichen Stützen der Demokratie.

- Diese Stützen sollen aber abgeschafft werden.
- Sie sind dem Staat lästig geworden.

*„Denk ich an Deutschland in der Nacht,
Dann bin ich um den Schlaf gebracht,
Ich kann nicht mehr die Augen schließen,
Und meine heißen Tränen fließen.
...“*

Heinrich Heine, berühmter deutscher Dichter (1797 – 1856)

Jeder muss sich entscheiden, ob er weiter unter diesen Bedingungen leben will.

Dagegen anzukämpfen, halten wir leider nicht mehr für erfolgversprechend.

Zwei Alternativen drängten sich auf:

1.
Will ich trotzdem weiter in diesem Land leben, mich ducken und scheinbar immer mehr an Würde und Vermögenswerten verlieren?
2.
Oder habe ich die Energie, in einem anderen Land Würde zu behalten und Vermögenswerte von mir zu sichern?

Nur im Fall, dass die Wahl auf Alternative 2, fällt können wir dauerhaft helfen und verweisen auf einen Link mit möglichen Lösungen.

Und natürlich stehen wir zur individuellen Beratung zur Verfügung.

Alles Gute im Jahr 2023 – egal zu welchen Ergebnissen Sie für sich kommen.

LINK

[Zum Kontaktformular](#)

- Signal: +50762543093
- Telegram: PrivacidadPanama
- Threema: DUZBB44E

[/vc_column_text][vc_column_text]

Ich bin ein Textblock. Klicken Sie auf den Bearbeiten Button um diesen Text zu ändern. Lorem ipsum dolor sit amet, consectetur adipiscing elit. Ut elit tellus, luctus nec ullamcorper mattis, pulvinar dapibus leo.

[/vc_column_text][/vc_column][vc_row][vc_row][vc_column][/vc_column][/vc_row]